

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro Quartal exkl. Postgeb. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition, Berlin S. 53, Stottbuserdamm 23 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
des vierseitigen Beilage 30 Pf. Stellenged. 20 Pf.; für Berbandsmitglieder 20 Pf. Berammlungsanzeigen zc. 10 Pf. Privatanzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 53.

Berlin, den 29. Dezember 1906.

22. Jahrgang.

Werbet unablässig neue Mitglieder für Euren Verband!

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Dieser Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ werden die Berichtskarten für das Kaiserliche Statistische Amt beigelegt. Wir bitten die Zahlstellen- und Ganbevollmächtigten, dieses beachten und von uns eine Berichtskarte verlangen zu wollen, falls keine der „Buchbinder-Zeitung“ beigelegt sein sollte. Die Karten sind in den ersten Tagen des Januar — keinesfalls aber vor dem 1. Januar — auszufüllen und spätestens bis zum 10. Januar an uns einzusenden. Die Ausfüllung der Berichtskarten muß eine sehr sorgfältige sein, was wir im Hinblick auf die bisherigen, oft sehr mangelhaften Ausfüllungen ganz besonders betonen wollen. Diejenigen Zahlstellen und Ganbe, deren Bevollmächtigte keine Berichtskarte einjenden, werden nachträglich veröffentlicht.

2. Die Zahlstellen und Ganbevollmächtigten machen wir darauf aufmerksam, daß das 4. Quartal pünktlich mit Jahreschluß abgeschlossen werden muß und die Abrechnungen entsprechend den Bestimmungen des § 47 bezw. 43 im Statut innerhalb 14 Tagen an uns einzuliefern sind. Unter Ziffer 10 der Ausgaben sind nur diese Beträge einzustellen, die in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1906 an die Verbandskasse eingekandt wurden. Gelder, die nach dem 31. Dezember eingekandt werden, werden fürs 1. Quartal 1907 gutgeschrieben.

3. Mit den Abrechnungen des 4. Quartals sind die übrigen Marken à 65 Pf. und 30 Pf. retour zu geben. Etwaige fehlende Marken sind genau so zur Berrechnung zu bringen, als ob sie an die Mitglieder abgegeben worden wären.

In der Rubrik „Extrasteuer“ im Abrechnungsformular sind die von jedem einzelnen Mitgliede geleisteten Extrabeiträge à 20 und à 10 Pf. aufzuführen. Die sich dabei ergebenden Endresultate, deren Ziffer mit den an die Mitglieder ausgegebenen Marken à 65 und à 30 Pf. übereinstimmen müssen, sind in der Bilanz unter Ziffer 5a und b in Einnahme zu stellen.

4. Um Irrtümer im Kleben der Beitragsmarken zu vermeiden, wolle man beachten, daß für die Woche vom 30. Dezember 1906 bis 5. Januar 1907 das mit der Ziffer 1 bezeichnete Beitragsfeld im Mitgliedsbuch oder -karte zu bekleben ist. Der Beitrag ist nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten.

5. Nachstehende Mitgliedsbücher bezw. Karten sind den Inhabern abhanden gekommen. Dieselben werden deshalb für ungültig erklärt und sind bei eventuellem Vorzigen einzuziehen und an Unterzeichneten einzusenden.

Nr. 92 ausgestellt für Anna Schenk
" 155 " " Josepha Schiele
" 1025 " " Toni Roth

Nr. 1347	ausgestellt für	Georg Boden
" 1504	" "	Therese Kurländer
" 1506	" "	Josephine Burzler
" 1507	" "	Leni Ott
" 2162	" "	Robert Kewitsch
" 2362	" "	Fritz Horstfötter
" 2386	" "	Elisa Wind
" 2399	" "	Martha Müller
" 3888	" "	Minna Preuß
" 4132	" "	Karl Mehlhorn
" 4656	" "	Marie Schmidt
" 5351	" "	Paul Neumann
" 5448	" "	Bernhard Holz
" 5690	" "	Bertha Schulz
" 6601	" "	Elisbeth Grabars
" 7262	" "	Franz Bachmann
" 7290	" "	Willi Kohlrusch
" 8699	" "	Elsa Franke
" 8821	" "	Willy Haselbauer
" 9773	" "	Georg Haas
" 10425	" "	Karoline Hailmeier
" 11440	" "	Hans Vienenhoff
" 11857	" "	Albin Jahn
" 12574	" "	Wilhelmine Rau
" 13030	" "	Hermann Künzler
" 13315	" "	Max Pittag
" 13441	" "	Frieda Engel
" 13602	" "	Alfred Hillmann
" 13666	" "	Meta Jenner
" 14050	" "	Felix Voigt
" 14644	" "	Paul Stübbling
" 14748	" "	Karl Jahn
" 14867	" "	Katharina Lewandowsky
" 14941	" "	Emma Rosenbach
" 14967	" "	Frieda Werner
" 15003	" "	Holger Hansen
" 15294	" "	Minna Eisfeld
" 15972	" "	Pauline Krüger
" 17215	" "	Albert Frenzel
" 18928	" "	Kosina Weiß
" 18929	" "	Babette Stiedt
" 19024	" "	Margdalena Steiner
" 19873	" "	Johann Winkler
" 20329	" "	Dora Gitting
" 21052	" "	Karl Blöger
" 22302	" "	Eurt Winkert
" 22612	" "	Hans Struhl
" 23933	" "	Marie Steber
" 23939	" "	Therese Stübinger
" 29828	" "	Otto Ziegler
" 29962	" "	Anna Achner
" 32520	" "	Marie Dietrich
" 38033	" "	Julius Döbele
" 38360	" "	Karl Weber
" 38418	" "	Richard Schleinig
" 39249	" "	Bernhard Frens
" 39567	" "	Katharina Angler
" 40980	" "	Johannes de Boer
" 41118	" "	Richard Mönnecke
" 44263	" "	W. Semmelfack
" 44798	" "	Margarete Piers
" 45903	" "	Lina Schumann

Nr. 46273	ausgestellt für	Gottfried Bög
" 46279	" "	Anna Margin
" 46284	" "	Elise Bren
" 46879	" "	Rosa Ziefleisch
" 47644	" "	Anna Bogginger
" 49098	" "	Max Flerau
" 49897	" "	Ewald Priebe
" 51058	" "	Karl Lange
" 51446	" "	Richard Ender
" 51888	" "	Marie Neufang
" 52979	" "	Karl Lenje
" 53015	" "	Marta Bartel
" 54049	" "	Gertrud Feyrer
" 54294	" "	Anna Lust
" 57031	" "	Lara Bieret
" 60585	" "	Frieda Sidinger
" 60859	" "	Jean Mat.

Der Verbandsvorstand.
J. A.: Kloth.

Die Gewerkschaften und der Wahlkampf.

Von P. Umbreit.

In Nr. 13 der „Neuen Gesellschaft“ findet sich der folgende sehr beachtenswerte Artikel:

Reichstagsneuwahl anstatt des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses! Wahltagitation anstatt der Propaganda gegen das Anti-Gewerkschaftsgesetz! Wie ein Stein fiel es der Arbeiterschaft vom Herzen, als der Telegraph diese Nachricht durch das Reich trug. Wahlen im Zeichen des Zuchttausturmes, des Hungertarifes und des Fleischwuchers. Man fand es sehr vernünftig, daß die Regierung gerade in diesem Augenblicke an das Volk appellierte. Aber nicht wegen des Hungertarifs und der Fleischnot, nicht wegen der Berufsvereinsvorlage wird die Entscheidung des Volkes angerufen — solche Verantwortung wiegt federleicht bei den Reichsrenten —, sondern wegen der Nichtbewilligung einiger Millionen zur Weiterführung des Krieges gegen die Hereros, oder richtiger, wegen des Anteils von Einfluß auf die Regierungsgewalt, den das Zentrum beansprucht. Das Zentrum, das als Regierungspartei alle Militär- und Flottenpolitik mitgemacht, alle Zoll- und Steuerprojekte unter Dach gebracht und sogar die Rechte der Volksvertretung im Wege der Geschäftsordnung umgestürzt hat, kämpft für die Selbständigkeit des Parlaments, während der Freisinn sich plötzlich regierungsfähig fühlte und sich auf die Seite des absolutistischen Regiments und der Kolonialabenteurerpolitik schlägt. Hier Parlamentarismus — hier Militarismus — hier Klerikalismus — hier Liberalismus lautet die Wahlparole. Nicht zu vergessen, daß die Sozialdemokratie der gemeinsame Feind ist, den sie alle bekämpfen, Regierung und Regierungspartei von gestern und morgen!

Man wird fragen: Was geht dieser Wahlkampf die Gewerkschaften an? Was haben

diese mit der Politik zu tun? Diese Frage erscheint berechtigt, und wir sind die Letzten, die Verlangen tragen, die Gewerkschaften in Parteikämpfe zu verwickeln. Die Gewerkschaften sind keine politischen Wahlvereine; sie können weder Wahlen machen, noch Kandidaten aufstellen. Aber nicht als Subjekt, sondern als Objekt der Politik haben sie ein sehr erhebliches Interesse an dem Wahlausfall, der zugleich über ihre ganze Zukunft entscheidet. Die Regierung selbst zwingt den Gewerkschaften die Politik auf, indem sie diese fortgesetzt mit Vereinsgesetzen, Zuchtstrafgesetzen und Anti-Gewerkschaftsgesetzen bedroht, sie bald kriminalrechtlich, bald zivilrechtlich angreift. Was bleibt den Gewerkschaften übrig, als aus der Not eine Tugend zu machen, Politik zu treiben, um sich zu wehren? Die Protestbewegung gegen das Berufsvereinsgesetz war ein Stück Notwehrpolitik.

Und ist diese Gefahr jetzt etwa völlig beseitigt? Keineswegs! Dem neuen Reichstag wird abermals ein solcher Entwurf zugehen, vielleicht derselbe, vielleicht ein ähnlicher, etwas milder, etwas wilder, je nachdem es die Zusammensetzung des Reichstages geboten erscheinen läßt. Es wäre pflichtvergessen, wollten die Gewerkschaften in solcher Situation untätig zusehen, wie der Reichstag, der über ihr ferneres Schicksal entscheiden soll, unter dem Surra der Kolonialpolitik gewählt wird. Können sie auch nicht Wahlagitatorien treiben, so haben sie doch die Wähler, vor allem die Arbeiterwähler darüber aufzuklären, was bei dieser Wahl auf dem Spiele steht. Nicht in Südwafrika wird der große Kulturkampf ausgekämpft, sondern hier im Vaterlande auf dem Gebiete der Arbeiterpolitik!

Und lauert nicht hinter dem Anti-Gewerkschaftsgesetz eine ganze arbeiterfeindliche Gesetzgebung? Erst wenn die Rechtslage der Gewerkschaften klargestellt ist, will die Regierung an die Schaffung von Arbeitskammern herangehen? Was heißt das anders, als diese Arbeitervertretungen den „anerkannten“ Berufsvereinen vorbehalten, Vereinen, die für die Verbesserung der Klassenlage der Arbeiter völlig bedeutungslos geworden sind? Und weist die Verbindung dieser Arbeitskammern mit den Gewerbegerichten nicht deutlich genug auf einen geplanten Eingriff in das direkte und geheime Wahlrecht dieser Institutionen zugunsten eines privilegierten korporativen Wahlrechtes hin? Auch auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung sind ähnliche Wahlentscheidungspläne mehrfach aufgetaucht. Ohne Verzichte sei eine Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung nicht zu erreichen, erklärte Graf v. Posadowsky im Reichstage, und die Süßkaffenborlage der Regierung, die durch die

Reichstagsauflösung ebenfalls vorläufig beseitigt, aber keineswegs endgültig vernichtet ist, war nahe daran, den einzigen völlig selbstverwalteten Klassen der Arbeiterchaft den Garaus zu machen. Rahmlegung der freien Arbeiterbewegung auf allen Gebieten — Privilegierung der Arbeitswilligenvereine, das ist das unverrückbare Ziel der Regierung. Auf dieser Basis wird sie sich dereinst auch freudig zur Einführung der Arbeitslosenversicherung entscheiden, als Prämie für „anerkannte“ Gewerkschaften. Und die gesetzliche Regelung der Tarifverträge bietet dann ebenfalls keine Schwierigkeiten mehr, zumal die Sanktionspflicht der eingetragenen Vereine bereits die Richtung anzeigt, in der sich diese Regelung bewegen dürfte. Eine Zwangsschiedsgerichtssetzung, die das Streiken überhaupt verbietet, wäre der würdige Abschluß dieses sozialpolitischen Programms.

Wir sind darauf gefaßt, daß man dieses Programm als müßige Kombination, als Phantastiegebilde bezeichnen wird. Aber alle die hier angebotenen Gesetzesfragen sind seit Jahren bereits im Reichstag, in der Tagespresse und in den Organen der Unternehmer erörtert worden und berechtigt uns das Verhalten der Reichsregierung auch nur zu dem geringsten Vertrauen? Nach dem Ausfall der Berufsvereinsvorlage grenzte dies an Wahnsinn oder Arbeiterverrat! Dagegen hilft nur eine scharfe und konsequente Abwehr und der Appell an das Volk selbst, zu welchem gerade der Wahlkampf die günstigste Gelegenheit bietet. Die Regierung hat sich den Dank der Gewerkschaften verdient, daß sie das Volk vor solche Entscheidung stellt. Wir danken ihr, indem wir Männer in den Reichstag senden, die die Gewerkschaften gegen jede Benachteiligung ihrer Interessen verteidigen und in erster Linie für die absolute Sicherstellung des Koalitionsrechtes aller Arbeiterkategorien eintreten. Ohne Koalitionsfreiheit ist die gesetzliche Regelung der Rechtslage der Gewerkschaften nur eine Nebelungs-gesetzgebung. Ein Gewerkschaftsrecht muß auf der Basis eines gesetzlich gesicherten Koalitionsrechtes aufgebaut sein, das die Waffe der Arbeitseinstellung jedem Arbeiter anvertraut. Starke Arbeiterorganisationen sind ein besserer Schutz des gewerblichen Friedens, als alle gesetzlichen Streikverbote und Strafbestimmungen; sie beschränken die Ausstände auf solche Fälle, in denen das Unternehmertum den Arbeitern die Anerkennung der Gleichberechtigung verweigert. Die Staatsarbeiter, die Gemeindearbeiter, die Seelente und Landarbeiter bedürfen des Koalitionsrechtes, nicht um zu streiken, sondern um ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, friedlich, solange dies irgend möglich

ist, — und nur im äußersten Notfalle durch Arbeitseinstellung.

Aber nicht bloß das Recht der Koalition haben die Gewerkschaften gegen die Gesetzgebung zu verteidigen, sondern auch die Erfolge ihrer Lohnkämpfe und friedlichen Lohnbewegungen, die durch die volksfeindliche Zoll-, Steuer- und Wirtschaftspolitik der Regierung völlig in Frage gestellt worden sind. Der Brot- und Fleischwucher der herrschenden Klassen belastet den Arbeiterhaushalt ganz enorm, und der Bodenwucher preßt dem Arbeiter noch ein Mehreres von seinem Lohne ab. Die Regierung blieb allen Bitten gegenüber, die Grenzen für ausländisches Vieh zu öffnen, taub; nur fremde Arbeitskräfte dürfen massenhaft herein und sich mit den deutschen Arbeitern in die Arbeitsgelegenheit teilen. Den Bestrebungen der Gewerkschaften aber, die Folgen der Wirtschaftspolitik der herrschenden Klassen durch Lohnbewegungen auf das Unternehmertum abzuwälzen, begegnet die Regierung durch ein — Antigewerkschaftsgesetz!

Also schon der bloße Selbsterhaltungstrieb zwingt die Gewerkschaften, den kommenden Reichstagswahlen das regste Interesse entgegenzubringen. Aber schließlich erschöpft dieses Interesse doch nicht in der Abwehr von Gefahren, sondern unsere Organisationen als die in der weitesten Öffentlichkeit anerkannten wirtschaftlichen und beruflichen Arbeitervertretungen müssen auch an den Schutz der Gesetzgebung appellieren. Die Regierung hat dieses berechnete Interesse bereits mehrfach anerkannt durch Zuziehung von Gewerkschaftsvertretern bei der Vorbereitung von Arbeiterschutzverordnungen. Die Propaganda des Arbeiterschutzes kann sich aber nicht lediglich auf Resolutionen und Petitionen beschränken, sondern sie muß sich auch an die übrigen gesetzgebenden Faktoren wenden, von denen die Gestaltung des Arbeiterschutzes abhängig ist, an den Reichstag und dessen Parteien. Und die Gewerkschaften haben keine Ursache, zu verfehlen, daß ihnen der vorhandene Arbeiterschutz durchaus nicht genügt. Sie fordern einen wirklichen Schutz der Arbeitskraft vor übermäßiger und gesundheitsschädlicher Ausbeutung, nicht bloß der Kinder, sondern auch der erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen, und zwar aller Kategorien. Uns fehlt der Raum, alle Lücken des deutschen Arbeiterschutzes auch nur erwähnend zu berühren; es genüge der Hinweis, daß die Arbeiter der Kleinbetriebe, der Hausindustrie und die Landarbeiter und Diensthboten des gesetzlichen Schutzes ihrer Arbeitskraft fast völlig entbehren. Dazu ist das Koalitionsrecht der Arbeiter völlig der Willkür der Unternehmer, Behörden und Gerichte preisgegeben. Den Tarifverträgen der Arbeiter, die

Almosen!

Von Paul Junka.

Einzig autorisierte Uebersetzung von Wilhelm Thal.

(Schluß.)

(Nachdruck verboten.)

Pierre lächelte: „Das glaube ich . . .“
„Beklage Dich nur noch! . . . Ich habe Dein Lob so laut gesungen, daß meine Zuhörer überzeugt waren, Du wärest ein Phänomen. . . Und als ich, da mir der Atem ausging, endlich schwieg, da trat der Hausherr, der meinen Worten aufmerksam Gehör geschenkt, auf mich zu und fragte mich, ob Du wohl geneigt wärest, seinem Neffen Nachhilfsunterricht zu geben. . . Erwartet Dich morgen, um mit Dir abzuschließen. . . Willst Du jetzt noch behaupten, daß ich alles ohne Sinn und Verstand durcheinander schwatze?“

Ueber den Tisch weg reichte Pierre seinem Freunde die Hand und sagte tief bewegt:

„Dank, mein alter Freund, Du bist ein braves Herz!“

„Na, siehst Du wohl!“ sagte der andere mit komischer Vermuthung und begann wieder zu schwagen. Er konnte noch lange weiterpredigen, ohne daß Pierre ihn unterbrach. Er hörte nicht einmal mehr. So glücklich war er, wie er es wohl nie zuvor gewesen war. Dabei ver-

folgte er in Gedanken die Züge eines reizenden Gesichts, das er von jetzt ab unter Tausenden wiedererkennen mußte, um seine Dankeschuld an das reizende Geschöpf abzutragen, das ihn vor dem Hungertode gerettet hatte.

Vor der materiellen Not geschützt, überschritt Pierre Dagerol sehr schnell die Sprossen, die ihn vom Vermögen und vom Ruhme trennten. — Als Doktor der Medizin — er hatte das Examen unter so glänzenden Bedingungen bestanden, daß sich selbst die mürrische Bewunderung der Examinatoren auf ihn lenkte — überließ er sich ganz seiner großen Leidenschaft, der Wissenschaft, die ihn erst spät zwar anerkannte, ihn aber dann reichlich für seine Leiden entschädigte. Seine bedeutenden Arbeiten, seine der Akademie mitgetheilten Entdeckungen erregten in der ganzen Welt Aufsehen. So bekam Pierre Dagerol schnell eine reiche Praxis, die ihm mit dem Ruhm auch Geld einbrachte. Durch zahlreiche Kuren, darunter eine an fürstlichen Persönlichkeiten, berühmt geworden, schritt er in der prächtigen Aureole eines Wohlthäters der Menschheit.

Weniger als zehn Jahre nach der Epoche, da man ihn auf dem Square des Bon marche verzweifelt und vor Hunger sterbend gesehen hatte, war er Professor an der medizinischen Fakultät, Mitglied der Akademie der Wissen-

schaften und dirigierender Arzt an einem der größten Hospitäler von Paris.

Dennoch ersah er auf dem Höhepunkt seiner Karriere nicht glücklich. Die Kranten wie die Schüler und Beamten seines Refektoriums im Hospital fürchteten ihn und beteten ihn an.

Man fürchtete seine finstere Laune und seinen plötzlichen Spott, man liebte seine sorgfältige Behandlung, sein tatkräftiges Mitleid und den seltsamen Eifer, mit dem er sich über die blassen Gesichter junger Mädchen neigte, um sich dann mit einer milden Geste und gleichsam entnützt abzuwenden.

Ein Geheimnis schwebte über dem nützlichen und arbeitsreichen Leben dieses glücklichen Mannes.

Und die großen Damen, die er rettete, wie die armen Frauen, die er dem Tode abtrotzte — alle mußten, daß die letzte Art, ihm zu danken, und das einzige Mittel, ein Lächeln auf seine strengen Lippen zu zaubern, darin bestand, ihm ein Büfett blauer Hyazinthen zu bereiten — die einfachsten Blumen, die stets auf dem Tisch seines prächtigen Arbeitszimmers ihre Kronen wie zärtlich blickende Augen öffneten.

„Serr Professor,“ sagte die Pflegerin zu Professor Dagerol, der zum täglichen Besuche kam, „wir haben eine neue . . . dort, Bett Nr. 24 . . . Eine von jenen, die Sie interessieren . . .“

während Maurer und Kupferschmiede nur teilweise Angaben machten. Die Wirklichkeit ist also günstiger, als sie in vorstehender Tabelle erscheint.

Eine Verringerung der Mitgliederzahl haben 11 Organisationen (Zigarrenfortierer, Brauer, Handelsarbeiter, Böttcher, Handlungsgehilfen, Bergolber, Bildhauer, Formstecher, Kürschner, Graveure, Hutmacher) um 465 Mitglieder zu verzeichnen. Die übrigen 41 Organisationen weisen eine Zunahme, die sich auf 28 758 beläuft, auf. Ueber die Mitgliederbewegung innerhalb der Verbände gibt folgende Zusammenstellung Auskunft, wobei die eingeklammerte die Zahl der Organisationen angibt, die auf diesen Punkt der Umfrage berichtet haben.

Industrieverbände	Mitgl.-zahlen	Zunahme-	Zu-	ab-
		schiedene	gereichte	gereichte
5 Metallindustrie . . .	26183	15961 (3)	9036 (3)	10631 (3)
6 Holzindustrie . . .	6 467	31 46 (2)	4170 (2)	5991 (2)
9 Baugewerbe . . .	22553	2521 (7)	4244 (6)	7138 (6)
3 Graphische Gewerbe . .	26336	965 (5)	2373 (4)	2494 (4)
1 Textilindustrie . . .	5589	4027 (1)	—	—
8 Lederindustrie . . .	839	410 (2)	372 (2)	486 (2)
4 Bergbauindustrie . . .	3382	1586 (4)	741 (4)	1181 (4)
5 Handel . . .	2361	2000 (5)	90 (4)	182 (4)
7 Nahrungsmittelindustrie .	3065	522 (3)	304 (2)	476 (2)
4 Sonstige . . .	3613	1505 (4)	238 (3)	530 (3)
Gesamt	76901	33235	21618	29075
Organisationen	47	39	33	33

Das Mehr der Abgereiften über die Zugereiften beträgt also von Juli 1905 bis Juli 1906 in den angegebenen Berufen nicht weniger als 8660. Damit ist endgültig die Auffassung zerstört, als verdanke die rheinisch-westfälische Arbeiterbewegung ihren Aufschwung teilweise den aus anderen Gebieten zureisenden Organisierten. Die beiden Provinzen geben im Gegenteil an das übrige Deutschland an organisierten Arbeitern nahezu ein Drittel dessen mehr ab, als was ihnen von dort zufließt.

Die Zahl der Kartelle in Rheinland-Westfalen betrug 56, die der Arbeitersekretariate 19 (Machen, Barmen, Bielefeld, Bochum, Krefeld, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Elberfeld, Essen, Gelsenkirchen, Hamm, Herlohn-Lüdenscheid, Köln, Oberhausen, Recklinghausen, Remscheid, Saarbrücken, Solingen).

Südrh.-Westfälische Ortsvereine existieren in Rheinland-Westfalen 21. Arbeitersekretariate besitzen sie 5 (Düsseldorf, Duisburg, Hagen, Ruhrort, Witten). Die christlichen Gewerkschaften verfügen in beiden Provinzen über 33 Kartelle und 29 Sekretariate.

Vertreten waren in 46 Kartellen 754 Ortsvereine mit (Ende 1905) 109 474, Juli 1906 204 376 Mitglieder. Die Zahl der Kartelldelegierten betrug 1612. Es wurden unterhalten Ende 1905 8 Gewerkschaftshäuser, 8 Zentralherbergen, 32 Zentralbibliotheken, 6 Lesezimmer. Ferner bestanden 11 Gewerbeinspektionskommissionen, 14 Kommissionen für Kost und Logiszwede, 29 Bauarbeiterkommissionen, 11 Referentennachweise. Die Gesamteinnahmen betragen 208 537, die Gesamtausgaben 208 212 Mark. Auf die Gewerkschaften entfielen an Beiträgen 46 179 Mark, auf Sammlungen 104 107 Mark, auf sonstige Einnahmen 58 251 Mark. Für Agitation wurden ausgegeben 67 44 Mark, für Wahlen 5879 Mark, für Gewerkschaftshäuser 22 731 Mark, für Sekretariate, Bibliotheken 27 462 Mark, an Streikunterstützung 110 482 Mark, für die Verwaltung 7809 Mark, für sonstige Zwecke 27 141 Mark.

Steigende Rentabilität im Großgewerbe.

Die umfangreichen Umsätze am Warenmarkt in Verbindung mit den fast von Quartal zu Quartal höheren Preisen finden ihren Niederschlag in einer wachsenden Verzinsung des in gewerblichen Betrieben verbendenen Kapitals. Am deutlichsten nachweisbar ist die Höhe des Gewinnertragnisses noch immer bei den Aktiengesellschaften. Wenn bei ihnen auch ein Teil des Gewinnes unter Abschreibungen, Reserven, Gehältern und Tantiemen versteckt werden kann, so läßt sich doch aus der Bewegung der Dividenden einigermassen auf die Bewegung der Rentabilität schließen. Die Gewinne sind in größeren

privaten Betrieben oft größer als bei Aktiengesellschaften; im allgemeinen aber darf man nicht aus dem Auge verlieren, daß bei der großen Masse mittlerer und kleiner Betriebe die Rente wesentlich geringer als bei großen Aktiengesellschaften ist. Eine Ausnahme machen höchstens die Betriebe im Handelsgewerbe, wo der privaten Initiative des Inhabers in vielen Branchen noch immer ein Feld ergiebigen Gewinnes offen steht. Da nun aber über die kleinen und mittleren Betriebe kein Material zur Beurteilung der jährlichen Gewinnergebnisse gegeben ist, so wird man sich damit begnügen müssen, aus der Rentabilität der Aktiengesellschaften auf die finanzielle Situation des Großgewerbes zu schließen, das immerhin einen sehr großen Teil des im Gewerbe steckenden Kapitals umfaßt. Um nun den Einfluß der höheren Preise und größeren Umsätze am Warenmarkt auf die Rentabilität feststellen zu können und zwar für das laufende Jahr, ist im nachstehenden das Ergebnis einer Berechnung benützt, bei der alle die Industrieunternehmen berücksichtigt sind, deren Werte an der Berliner Börse gehandelt werden und deren Geschäftsjahr entweder am Ende des zweiten oder Ende des dritten Quartals schließt. Auf die Höhe des Gewinns ist also der Geschäftsgang des laufenden Jahres bis zur Hälfte oder bis zu drei Viertel schon ausschlaggebend. Im ganzen erstreckt sich unsere Berechnung auf 171 Gesellschaften, die ein Kapital von rund 997,55 Millionen Mark repräsentieren. Diese Zahl bildet nur einen geringen Teil des gesamten in Aktiengesellschaften investierten Kapitals, ist aber immerhin groß genug, um über die Bewegung der Dividendenziffer einigermassen Auskunft zu geben. Bei einer Zusammenfassung aller Gesellschaften stellt sich nun heraus, daß die Dividendensumme auf das genannte Gesamtkapital von 88,75 Millionen Mark im letzten Jahre auf 102,61 Millionen in diesem Jahre hinausgegangen ist. Die Dividendensumme ist um rund 13,80 Millionen Mark oder um etwas mehr als 15 Prozent gestiegen. Auf den Nominalwert berechnet, verzinst sich das Aktienkapital im Vorjahr mit 8,88, im laufenden Jahre mit 10,28 Prozent. Damit ist eine Höhe der Verzinsung erreicht, wie sie seit 1895 nur einmal erreicht resp. überschritten wurde, nämlich im Jahre 1900, wo sie sich für sämtliche Aktiengesellschaften, deren Werte an der Berliner Börse gehandelt werden und deren Geschäftsjahr mit dem Dezember schließt, auf 10,96 Prozent stellte. Wenn wir nun erwägen, daß bei den für 1906 in Frage kommenden Gesellschaften die Gewinnsteigerung nur für einen Teil des laufenden Jahres in Betracht kommt, so ist zu erwarten, daß bei den Gesellschaften, die Ende Dezember abschließen und die den weitaus größten Teil aller Aktiengesellschaften bilden, die Dividendenziffer des Jahres 1900 erreicht, wenn nicht sogar noch überschritten werden wird. Auffallend ist bei dem diesjährigen Resultat vor allem die starke Steigerung gegenüber dem Vorjahr. Das war vor 1900 wesentlich anders. Es stieg nämlich damals die Dividendenziffer von 8,89 im Jahre 1896 auf 9,32 im Jahre 1897, auf 9,82 im Jahre 1898, 9,91 im Jahre 1899 und dann erst auf 10,96 im Jahre 1900. Die höchste jährliche Steigerung fiel mit 1,02 Prozent ins Jahr 1900. Im Jahre 1906 verzeichnen wir eine Steigerung von 1,40 Prozent. In dieser Progression sehen wir die Wirkung der außergewöhnlichen Preishäufung auf dem Warenmarkt, namentlich der häufigen und starken Erhöhungen für Rohstoffe und Halbzug. So kommt es denn, daß gerade die Gesellschaften der Rohstoff- und Halbzugindustrie die stärksten Steigerungen der Gewinnsummen gegen 1905 aufweisen, während in zahlreichen Fertigungsindustrien die Besserung der Geschäftslage in den finanziellen Ergebnissen nur schwach zum Ausdruck kommt. Es konnte eben der Preis für die Fertigerzeugnisse, die im Gegensatz zu Rohstoffen und Halbzug meistens nicht kartelliert sind, nicht in der gleichen Weise ansteigen, wie es dem Wachsen der Gestehungskosten entsprach. Vor allem ist die Rentabilität im Bergbau und Hüttenwesen, in der Industrie der Metalle und Maschinen und in der Industrie der Steine und Erden stärker, als es dem Durch-

schnitt entspricht, gewachsen. Dem Durchschnitt entsprechend nahm die Rentabilität im Textilgewerbe zu, während beim Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, im Ledergerbergewerbe und in der Holz- und Schnitzstoffindustrie eine Abnahme des Gewinnertragnisses konstatiert werden muß. Besonders bemerkenswert ist die Abnahme der Dividendensumme bei den Brauereien. Indies beträgt der Rückgang nur zirca ein halbes Prozent. Wenn man nun aber fragt, wem die Steigerung der Dividendensummen zugute kommt, so kann man nicht einmal ohne weiteres sagen: den Aktionären. Denn ein großer Teil des Aktienbesitzes wechselt ständig den Besitzer und Eigentümer. Die jeweiligen Käufer erhalten die Aktien nun nicht zum Nominalkurs, sondern zu einem Kurse, dessen Höhe die zu erwartende Dividendensumme meist schon berücksichtigt. Nur solche Aktionäre, die zu günstiger Zeit bei niedrigerem Kurs ihre Papiere erworben haben und sie dann liegen lassen, haben an der höheren Rentabilität einen entsprechenden Anteil. Alle anderen Aktionäre verzinsen sich zwar ihr Geld wohl etwas besser als im Vorjahre, aber durchschnittlich nicht höher als vielleicht zwischen 5 und 7 Prozent. Es wird also durch die Wertsteigerung der Papiere das Gewinnertragnis ziemlich stark herabgedrückt. Für den Arbeitsmarkt geht daraus nur um so mehr hervor, wie ungesund die heutige Dividendenpolitik unserer Industrieunternehmen ist. Es verdienen dabei viel weniger die eigentlichen Aktionäre als die großen Banken und Spekulanten, die es verstehen, die vielen Kursschwankungen zu gewinnbringenden Transaktionen auszunützen.

Mängel der deutschen Reichsstatistik.

SSC. Der hervorsteckendste Zug der deutschen Reichsstatistik ist die absolute Gleichgültigkeit, mit der sie an den Erfordernissen der modernen Zeit vorbeigeht. Ich denke dabei nicht einmal so sehr an die äußere Ausdehnung, die sie durch Einzelfügung einiger Gebiete in den letzten Jahren genommen hat, als vielmehr an die innere Ausgestaltung desjenigen Materials, das sie in einer großen Zahl von Fällen nun schon seit fast ihrem Bestehen jahraus, jahrein oder periodisch verarbeitet. Aber bleiben wir auch da ein wenig stehen und betrachten einmal, was denn in den letzten Jahren für die Ausdehnung der Reichsstatistik überhaupt geschehen ist.

Leider müssen wir registrieren, daß die Ausdehnung der Reichsstatistik nur in höchst mangelhaftem Maße erfolgt ist. Die seit dem Jahre 1903 regelmäßig in den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reiches erscheinende Finanzstatistik des Reiches und der Bundesstaaten stellt nur einen Anfang zu einer wirklichen Finanzstatistik, über deren Wert an sich man übrigens geteilter Meinung sein kann, dar. Auch die Einrichtung einer Streitstatistik, die seit dem Jahre 1899 aufgemacht wird, können wir als eine wertvolle Aquisition nicht ansehen, weil sie gänzlich lückenhaft und mangelhaft und daher direkt irreführend ist. Die Kritik Legiens, die er namentlich in dem „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften“ geführt hat, hat die nähere Aufklärung darüber verschafft. Und als Ausdehnung der Reichsstatistik können wir auch nicht gerade buchen, wenn die allerwichtigsten Aufgaben gegenüber anderen Rücksichten hintangestellt werden. Es wäre die erste Pflicht des Reichstatistischen Amtes gewesen, die für das Jahr 1905 zuerst auch in Aussicht genommene Berufs- und Betriebsstatistik durch energisches Eintreten beim Reichsamt des Innern sicherzustellen. Die letzte derartige Statistik stammt aus dem Jahre 1895. Seitdem ist die größte Wandlung im deutschen Wirtschaftsleben eingetreten und jeder Volkswirt und Politiker sah mit großer Spannung den Ergebnissen der 1905 erwarteten Erhebung entgegen. Wir wissen wohl, und können es aus anderen statistischen Angaben eraten, wohin der Kurs der Entwicklung gegangen ist und daß er seine Wege schnell durchwandelt hat, aber einen zahlenmäßigen Ausdruck für die Höhe und den Umfang der sozialen Verschiebungen innerhalb des Volkskörpers haben wir nicht. Die Berufs- und Betriebsstatistik allein kann uns ferner auch erst diejenigen Grundlagen liefern, deren wir zur Entscheidung des einzuerschlagenden Weges unserer gesamten Wirtschaftspolitik bedürfen, denn nur sie gibt uns durch die feinere Sichtung des Zahlenmaterials die Mittel an die Hand, Maßnahmen wirksamer Art im öffentlichen Interesse zu treffen und bietet das notwendige Korrektiv für getroffene Maßnahmen. Die Aus-

Lassung einer so wichtigen nicht wieder nachzuholenden Arbeit müssen wir demnach als einen argen Rückschritt unserer statistischen Kultur bezeichnen.

Sollen wir jedoch den Ausbau der Arbeiterstatistik als einen Fortschritt in der Reichsstatistik registrieren? Das könnte er sein, wenn er nicht schon mindestens ein Jahrzehnt zu spät gekommen wäre. Andere Staaten sind in dieser Richtung längst vorausgegangen; in den Vereinigten Staaten von Amerika befinden sich in einer großen Anzahl der Einzelstaaten Labor-Bureaus (Arbeitsämter), die eine Menge statistischen Materials herausgeben. Die von dem Beirat für Arbeiterstatistik übernommenen Arbeiten der alten „Kommission für Arbeiterstatistik“ sind dieselben geblieben; einen Fortschritt können wir da nicht erkennen, es bleibt also nur noch die Herausgabe des Reichsarbeitsblattes übrig, das erst jetzt sich zu entwickeln beginnen scheint, nachdem schon besseres mit natürlich viel unzureichenderen Mitteln von privater Seite geleistet war.

Man sieht: Die äußere Ausbehnung der Reichsstatistik bietet gerade kein glänzendes Bild. Unternehmen wir daher einmal einen Einstieg in den Zahlenreichtum der offiziellen Veröffentlichungen und forschen, ob die jetzt schon gebotene Masse sich durch ihren inneren Wert rechtfertigt. Betrachten wir zu diesem Zwecke die ersten Aufgaben, die einem statistischen Amte obliegen, nämlich die auf dem Gebiete der Bevölkerungsstatistik. Die Volkszählungen werden heute noch in fast demselben Umfange vorgenommen wie 1871. Die kleine Ausbehnung, die der 1900er Volkszählung gegeben wurde, ist nicht wesentlich, sie sollte ja als „Säufanzählung“ um die Wende des Jahrhunderts einen besonderen Umfang erhalten. Betrachtet man aber die 1906er Erhebung, von der nun jeder vernünftige Mensch einen Fortschritt erwartet hätte, um so mehr, als ja mit Rücksicht auf sie die so dringliche Berufs- und Betriebsstatistik unterblieb, so kommt man zu dem Schlusse, daß die Bevölkerung es ablehnen sollte, sich einer derartigen Belästigung zu unterwerfen. Wenn nicht die meisten Großstädte und einzelne Bundesstaaten durch angelegene Sondererhebungen der Zählung einen Wert verleihen würden, so wäre es ein Verdienst der Presse, durch eine öffentliche Propaganda für die Nichtbeachtung derartigen Zählungen diese illusorisch zu machen, und auf diese Weise die Behörden zu zwingen, entweder wertvolle Statistiken aufzumachen oder überhaupt darauf zu verzichten — was sie hinwiederum nicht können. Die Grenzen der Erhebung vom 1. Dezember 1906 waren so eng gezogen wie nie zuvor. Nach der Veröffentlichung der bloßen Bevölkerungszahlen könnte man sich die weitere Verarbeitung für das Reich ersparen, da sie für niemanden mehr Interesse zu bieten vermag. Sehen wir aber von der letzten Zählung ab und fragen nicht etwa, welcher wertvollen Ausgestaltung die Volkszählung fähig, sondern welche sie bei uns im Reiche dringend erheischt. Das allerwichtigste wäre die jedesmalige Erhebung der beruflichen Nachweise und ihre Kombination mit anderen Angaben in den Quellenwerken. Namentlich die Verbindung der Berufsnachweise mit denen des Ortes der Geburt sind für die wichtige Verfolgung der inneren Wanderungen erforderlich. Abgesehen von den selbst im Reiche erhobenen Individualnachweisen sind die Feststellungen bezüglich des Wohn- und Arbeitortes, die unter den Händen berufener Statistiker z. B. in Württemberg und einigen Städten so vorzügliche Ergebnisse gezeitigt haben, die Feststellung der Wohnverhältnisse der Bevölkerung, Erhebungen über die Verteilung und Verwendung des Grundbesitzes — besonders in den Stadtgebieten —, über die Arbeitslosigkeit, die Säuglingssterblichkeit (wie es Berlin seit langem tut) usw., so wichtige Dinge, daß ihre Notwendigkeit gerade gelegentlich von Volkszählungen jeden in die Augen springt.

Eine Erweiterung, die sich schon längst notwendig gemacht hat, ist die Berechnung einer Sterbetafel. Diese Aufgabe ist im Kaiserlichen Statistischen Amt schon einmal für das Jahrzehnt 1871/1880 gelöst worden, und zwar von dem ersten Direktor Karl Becker. Seitdem hat das Amt keinen Sachmann mehr in seinem Personalbestande, dem es die Lösung dieser Aufgabe hätte übertragen können. Die zweite Ausgestaltung, die an die Volkszählungen anzuknüpfen wäre, ist die Feststellung eines Reichssozialindex, eine Aufgabe, der unbedingt eine besondere Beachtung zu schenken ist.

Beschreiben wir das Gebiet der Bevölkerungsbeziehung, so bemerken wir auch hier, wie mangelhaft die Nachweise sind. Vor einigen Jahren ist durch die Altersgliederung der Ehepartner und namentlich der Verstorbenen eine mühselige Erweiterung eingetreten, aber das ist doch nur ein kleiner Teil der hier vorliegenden Aufgaben. Die

Wanderungen, namentlich die Binnentwanderungen, sind ein Feld, auf dem noch alles zu leisten ist. Die großen Städte mit statistischen Ventern haben zum Teil für sich solche Statistiken der Zu- und Wegzüge; für das Reich würde sie einen eminenten sozialistischen Wert besitzen, und es wäre zu wünschen, daß das Reichsarbeitsblatt allmonatlich die Nachweise veröffentlichte.

Uebersieht man diesen Organ manche Aufgabe zu, die bisher anderen Stellen überlassen ist. So veröffentlicht das Statistische Amt der Stadt Köln vierteljährlich Nachweise über die Bautätigkeit in deutschen Städten, die naturgemäß lidenhaft bleiben müssen, da sie auf zwingenden Mitteilungen der daran beteiligten Städte beruhen. Dasselbe ist bei einigen Zusammenstellungen der Fall, die von einigen anderen städtischen Ventern herausgegeben werden. Im Gegensatz zu dem reichsstatistischen Amt und manchen staatlichen Ventern zeigen die städtischen meist eine viel größere Rührigkeit und mehr sozialpolitischen Fernblick.

Ein weiteres Beispiel für die innere Magerkeit der Reichsstatistik bietet die alljährlich in den Vierteljahreshften zur Statistik des Deutschen Reichs veröffentlichte Statistik über die Schulbildung der in das Heer und die Marine eingestellten Rekruten. Diese dürftigen aller Angaben müssen zudem oft noch herhalten als Beweisgrundlage für die Unansehnlichkeit unseres Volksbildungswesens.

Doch damit mag es genug sein mit speziellen Anführungen; auch über die Qualität der ganzen Handelsstatistik will ich kein Wort weiter verlieren. Nur noch eine allgemeine Bemerkung sei angeführt. Versucht man einmal, den gesellschaftlichen Zusammenhängen etwas nachzuspüren und benutzt hierzu die Reichsstatistik, so wird man nicht sehr weit kommen. Nimmt man sich etwa die Statistik der Reichstagswahlen vor, und versucht durch Kombinationen mit den Zahlen der Berufszählung in Konnex zu kommen oder Verbindungslinien zur Kriminal- oder Wirtschaftstatistik zu ziehen, um vielleicht auch nur einer der vielen Fragen, die im parteipolitischen Tageskampfe eine große Rolle spielen, auf den Leib zu rücken, so wird man bald die Segel streichen müssen, weil man von dem widrigen Winde der antiformenden unbrauchbaren Zahlenreihen erbarungslos auf den Sand gesetzt wird. Während nämlich die Volks-, die Berufs- und Betriebsstatistiken nebst vielen anderen ihre geographische Gliederung durch die Verwaltungsbezirke erhalten, bestimmt die merkwürdige Einteilung des Reiches nach Wahlkreisen die Reichstagswahlstatistik, die Einteilung nach Oberlandesgerichtsbezirken die Kriminalstatistik. Dabei existiert zu allem Ueberflusse noch eine Statistik mit der Einteilung nach Kremsorbezirken. Wo die Statistik anfängt interessant zu werden, hört die Vergleichsmöglichkeit auf. Damit ist natürlich der Wert des amtlichen Zahlenmaterials aufs äußerste reduziert. Wie sich das in der Reichstagswahlstatistik bemerkbar macht, hat Dr. Adolf Braun in mehreren vorzüglichen Arbeiten nachgewiesen. Dieser Mangel begegnet einem aber in demselben Maße auf allen anderen Gebieten, und es ist nicht möglich, sich die notwendigen Zahlen zu beschaffen. All das ist aber dem Kaiserlichen Statistischen Amte ermöglicht, wenn es die Zahlen gleich in der rechten vergleichbaren geographischen Anordnung aufbereitet. — Bezüglich der geographischen Gliederung würde der allgemeine Wunsch der Statistiker dahin gehen, alle Zahlen in der feinsten sachlichen Gliederung nach kleinsten Verwaltungsbezirken und größeren Einzelgemeinden zu erhalten.

Zu unserem Bedauern müssen wir also konstatieren, daß unsere deutsche Reichsstatistik auf den meisten von ihr bedachten Gebieten in starkem Maße verbesserungsbedürftig ist, und daß sie keinesfalls den Anforderungen genügt, die man an sie stellen muß, wenn das Amt den Anspruch darauf machen will, eine sozialstatistische Warte genannt zu werden.

Felix Linke.

Löhne und Kosten der Lebenshaltung in den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Nach den Berichten der Gewerkschaften im Staate New York verschafften die Lohnbewegungen in dem Jahre Oktober 1904/September 1905 etwa 35 000 organisierten Arbeitern eine Lohnerhöhung von im ganzen 64 200 Dollars pro Woche, d. h. auf den Kopf 1,85 Dollars (7,80 Mk.); nur 286 erlitten eine Einbuße von allerdings 3,96 Dollars (16,65 Mk.). Im ganzen war der Gewinn durchschnittlich ein recht ansehnlicher. An ihm waren jedoch die Bau-

arbeiter allein zu $\frac{2}{3}$ beteiligt, und das erklärt diese gewaltige Steigerung.

Diese Statistiken leiden aber, wie das letzte Bulletin des Arbeitsamtes des Staates New York sagt, stets an dem Mangel, daß weder die höheren Stücklöhne noch die etwas höher bezahlte Ueberstundenarbeit in Anschlag gebracht wird. Betrachtet man nämlich den Verdienst aller Gewerkschaftler, so kommt man zu einer Steigerung des Einkommens von 2,76 Dollars (11,60 Mk.) pro Tag im Jahre 1904 auf 2,91 Dollars (12,25 Mk.) im Jahre 1905. Das bedeutet gegen die Lohnhöhe des Jahres 1897 eine Zuwachs von 2,56 Dollars (3,7 Prozent). In demselben Zeitraum nahm der Beschäftigungsgrad außerordentlich zu; die Zahl der Arbeitstage wuchs von 227 auf 272. Unter Benutzung dieser Zahlen findet man den jährlichen Verdienst im Jahre 1897 zu 581 Dollars, 1905 dagegen zu 791. Das entspräche in den 8 Jahren einer Steigerung von 36 Proz. So groß also auf den ersten Blick die Steigerung des Lohnverhältnisses auch auszu sehen mag, so ist sie doch nur durch wirklich mehr geleistete Arbeit erkauft!

Nun hängen die Kosten der Lebenshaltung natürlich in erster Linie von den Kleinverkaufspreisen ab. Diese wechseln aber von Stadt zu Stadt und von Laden zu Laden, so daß es schwer hält, für ihre Erfassung eine statistische Grundlage zu finden. Das Arbeitsamt der Vereinigten Staaten hat jedoch eine sich über die Jahre 1890 bis 1903 erstreckende Untersuchung der Kleinverkaufspreise angestellt, die sich allerdings nur auf Lebensmittel-Stapel-Artikel beschränkte. Dabei ergab sich, wie vorauszu sehen war, daß die Kleinverkaufspreise nicht immer den Großhandelspreisen folgten, daß namentlich ein Fall der letzteren die Kleinverkaufspreise meist nur sehr unvollkommen nachzieht. Setzt man z. B. den Durchschnittspreis im Großhandel für das Jahrzehnt 1890/99 gleich 100, so betrug er 1896 nur 84, während der Kleinverkaufspreis von 100 nur auf 96 fiel. Auch übernormale Preislagen pflegen durch den Kleinverkauf ausgenutzt zu werden. Auf Grund der in genannter Weise entstandenen Zahlen ergibt sich von 1897 auf 1905 eine Steigerung des Großverkaufspreises um 29,2 Proz., die auch für andere Gebrauchsartikel gilt.

Nun hat das Arbeitsamt des Staates New York aus den Haushaltungsrechnungen von 11 156 durchschnittlich umfangreichen Arbeiterfamilien Berechnungen vorgenommen, deren Hauptergebnisse in der folgenden kleinen Uebersicht zusammengestellt sind. Von den Ausgaben einer Familie entfielen danach

	Proz.	Kosten 1905 (1897=100)
Lebensunterhalt	43,1	130,5
Kleidung	13,0	122,9
Heizung und Beleuchtung	5,7	133,6
Wohnungsmiete	18,1	129,2
Verschiedenes	20,1	129,2
	100,0	129,2

Setzt man die Preise für das Jahr 1897 auf 100 an, so waren sie 1905 auf die in der zweiten Spalte angegebene Höhe gestiegen. Danach hat es den Anschein, als ob die Kosten des Lebensunterhaltes nicht in demselben Maße gestiegen sind wie die Löhne. Doch ist daran zu erinnern, daß die Statistik sich auf eine Klasse von Arbeitern bezieht, die durch Organisation und andere Umstände sich bessere Lebensbedingungen verschaffen konnte als der Durchschnitt. Unter ihnen bilden die Bauarbeiter einen sehr großen Teil, und deren Löhne sind höchstwahrscheinlich viel stärker gestiegen, als das in anderen Geschäftszweigen der Fall war. Namentlich sind die Manufakturen nicht so stark in den Gewerkschaften vertreten. Das große Anwachsen in dem Beschäftigungsgrade, das weit über die Zunahme der Löhne hinausgeht, erklärt sich im wesentlichen aus der riesigen Ausdehnung namentlich der großen Städte. Leider haben daran nicht alle Arbeiter Teil, so haben die gegen Befolgung Beschäftigten, die auch in der Statistik nicht vertreten sind, keine Gelegenheit gehabt, sich günstigere Arbeits- und Lebensbedingungen zu verschaffen und so ist es durch-

aus wahrscheinlich, daß die Kaufkraft ihres Verdienstes in den letzten Jahren sich wesentlich vermindert hat. Der riesige Nutzen der Organisation tritt auch hier wieder unerkennbar zu Tage.

Internationales.

Aus Zentralamerika. Die immer weiter schreitende Kultur hat im letzten Jahrzehnt auch das Buchgewerbe in Zentralamerika mehr und mehr entwickelt, wenngleich dasselbe auch heute noch auf verhältnismäßig tiefer Stufe steht. Die unsicheren politischen Verhältnisse in den kleinen Republiken, die traurigen Verkehrsverhältnisse, die Unwissenheit und Trägheit des Volkes, das tropische Klima usw. erschweren die Weiterentwicklung sehr. Schreiber dieses, der in Nicaragua, der größten dieser Republiken, lebt, rät allen Kollegen dringend, bei Abschluß von Arbeitskontrakten nach hier die größte Vorsicht zu beachten. Namentlich unterrichte man sich auch vorher über die Arbeitszeit und daß Sonntags frei ist. Das Leben ist hier sehr teuer, das Klima tropisch und vielfach sehr ungesund, besonders an der Küste, und muß man hier auf das meiste verzichten, was uns das Leben in Deutschland angenehm macht.

Im Staate Nicaragua, an Größe dem Königreich Preußen gleich, aber mit noch nicht einer halben Million Einwohner, gibt es etwa 20-25 Buchdruckereien, von denen etwa 15 auch Buchbinder betreiben. Meist ist auch Buch- und Papierhandlung damit verbunden und werden etwa 120 Buchdrucker und 50 Buchbinder beschäftigt. Das größte Geschäft ist die Staatsdruckerei, in der etwa 10 Buchdrucker und 2-3 Buchbinder, alles Eingeborene, beschäftigt werden; das zweitgrößte Geschäft ist ein deutsches, daselbe ist mit Buch- und Papierhandlung vereinigt. Hier werden unter der Leitung je eines deutschen Buchbinders und Buchdruckers 5-6 Buchbinder und ebensoviele Buchdrucker beschäftigt. Betreffs der Leistungen steht dasselbe an der Spitze sämtlicher Geschäfte. Der Meister ist Buchhändler. Voraussichtlich wird das Geschäft in nächster Zeit vergrößert. Die Löhne sind sehr niedrige. Buchdrucker werden mit 20-25 Peso, Buchbinder mit 15-20 Peso entlohnt. Der Wert des Papierpejo (ein Goldpeso gilt 4 M.) ist sehr schwankend. Augenblicklich steht derselbe auf 70 Pf. Ein Europäer könnte bei solchem Lohne unmöglich existieren. Unter 50 M. Anfangslohn per Woche in Goldwährung bei freier Meise sollte niemand einen Kontrakt unterschreiben. Streitigkeiten aus dem Kontrakte sind deutschen Gerichten zu unterbreiten, vor den hiesigen Gerichten fände man doch kein Recht. Auf einen Lohn in Pesowährung lasse man sich nicht ein. Dies sind die Hauptpunkte, die beachtet werden müssen. Die Arbeitszeit ist meistens eine achtstündige, von 7-11 und 1-5 Uhr. Bei dem tropischen Klima, mit meistens 30-35 Grad Celsium, ist dies das Äußerste, was der Körper aushält. Während die Buchdrucker hier in der Hauptstadt eine Freivereinigung mit Krankenkasse gegründet haben, besteht für unser Gewerbe nichts. Auch ist bei den ganzen Verhältnissen jede Vermählung in dieser Beziehung vergeblich. Gelehrte Arbeiter gibt es in unserer Branche nicht. Fortwährend wird gewechselt und hat man immer mit neuen Arbeitskräften zu tun, die man sich anlernen muß. Einmal hatte die Buchdruckervereinigung beschlossen, ihre Lage zu verbessern. Sie arbeitete einen Lohnstarif aus und unterbreitete ihn den Geschäften. Die Folge davon war, daß der Präsident unserer freien Republik sämtliche Arbeiter der Staatsdruckerei so lange ins Gefängnis setzen ließ, bis dieselben einsehen, daß ihr Lohn vollständig genüge und so blieb denn alles beim alten. Vielleicht unterbreiten die deutschen Unternehmer diesen Vorschlag ihrer Regierung, wenn die Buchbinder wieder mehr Lohn fordern. (Probatum est.)

Ich sagte schon, daß das Leben hier sehr teuer. So zahlt man für Stoff und Logis 80-100 M. pro Monat. Eine kleine Mañate Bier kostet 2 M., ein kleiner Mañat 75 Pf., eine deutsche Zigarre 1 bis 1,25 M., die billigste hiesige 35 Pf. Auf diese Güter muß man hier von vornherein verzichten. Eine Tasse Schokolade, die in Deutschland 10 Pf. kostet, bezahlt man mit 50 Pf. Streichhölzer kosten die Schwackel 5 Pf., ein Strohhut 10-12 M., ein Hut 15-20 M., ein Paar Strümpfe 1,50 M., ein Anzug 1-1,50 M., ein Hemd 6-10 M. Schuhe wirft man weg, wenn die Sohlen durchgelaufen. Wäsche braucht man bei dem heißen Klima sehr viel und kostet dieselbe an Wäschegeld zwei bis dreimal soviel als in Deutschland. Daß unter diesen Verhältnissen 50 M. kein hoher Lohn ist, wird jeder einsehen. Verkehr und gleichgültige Menschen hat man gar nicht. Die paar Deutsche, die hier sind, meist Kaufleute, sehen einer auf den anderen herab. Die Eingeborenen sind meist Menschen, die nur dem Augenblicke leben, ohne jedes Streben für höhere Ziele. Auch die Natur bietet nichts. Für Fußböden ist es zu heiß und fahren und Meiten kostet

Geld, das man nicht hat. So ist man ganz auf sich allein angewiesen, und ist es erklärlich, wenn so viele Deutsche schließlich ihren Trost in der Schnapsflasche suchen. Das Ende ist dann gewöhnlich der Tod an Krankheit oder eine Kugel.

Die Maschinen und alles Material, was in unserer Branche gebraucht wird, kommt von Nordamerika oder Deutschland. Die Meister, meist Nichtfachleute, machen glänzende Geschäfte. Speziell in unserer Branche würde ein Kollege mit dem genügenden Kapital, einige tausend Mark, sich eine sehr einträgliche Existenz gründen können.

Wie man sonst hier lebt und arbeitet, davon teile ich den Kollegen wohl später einmal etwas mit.

Korrespondenzen.

Nachstehende Firmen sind gesperrt: Zimmermann u. Co. in Düsseldorf, W. Körnisch in Köln, Riand u. Morstadt in Lahr i. B., Jäger u. Sohn in Markneukirchen i. S. und M. Beck, Kartontprägerei in Berlin.

Zugug ist fernzuhalten von: Barmen, Elberfeld, Erlangen, Herford i. B., Mannheim-Ludwigshafen.

Vor Annahme von Arbeit nach Magdeburg und Dessau ist bei den dortigen Bevollmächtigten nähere Information über die Arbeitsverhältnisse einzuholen.

Gesperrt sind ferner die Firmen G. Wolfensberger in Zürich und J. M. Neher & Söhne in Bern (Schweiz); die Sektionen Alefsund (Norwegen), Chur (Schweiz), Olmütz (Mähren) und Klagenfurt (Oesterreich).

Berlin. Am 9. Dezember wurde eine außerordentliche Generalversammlung abgehalten, um einen sogenannten alten Ladenhüter, das neue Ortsstatut, zur Erledigung zu bringen. Bevor in die Beratung eingetreten wurde, lag ein Antrag der Verwaltung zur Beschlussfassung vor, den auf ein halbes Jahr festgesetzten Lokalbeitrag (männlich 15 und weiblich 10 Pf.) für die Dauer beizubehalten. Kollege Bytomski begründete den Antrag, indem er anführte, daß durch die Aussperrung die lokalen Gelder so ziemlich aufgebraucht worden sind. Die Anforderungen an die Lokalfasse würden in Zukunft auch höhere sein. Einem alten Verlangen der Werkstube-Vertrauensleute habe man im neuen Statut Rechnung getragen und erfordere dies die Summe von jährlich zirka 1000 M. Ebenso würden die Ausgaben für das Bureau in Zukunft steigen. In erster Linie müsse man aber auf einen starken Kampffonds bedacht sein. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese oder jene Branche in eine Bewegung gezogen wird. Dies sei jedoch nur möglich, wenn die bisherigen Beiträge beibehalten würden.

Wirkliche Bedenken gegen die Beibehaltung der Beiträge traten in der Diskussion nicht zu Tage. Die Kollegen Wienide, Thielemann und Hülse schloßen sich den Ausführungen Bytomskis an. Auch ein Vertreter der Kartonbranche, Kollege Haberstroh, spricht sich für Beibehaltung des bisherigen Beitrages aus, was Bytomski in seinem Schlußwort besonders hervorhob. Gegen wenige Stimmen wird dann der Antrag der Verwaltung, den bisherigen Beitrag beizubehalten, angenommen.

Hierauf wird in die Beratung des neuen Ortsstatuts eingetreten, und findet hierüber erst eine Generaldiskussion statt. Kollege Mar führt hierzu aus, daß es endlich einmal an der Zeit sei, diesen alten Ladenhüter zu erledigen. Durch das Anwachsen der Mitglieder seien andere Verhältnisse eingetreten. Die Agitation, die bisher in den Händen des Gaus lag, soll nunmehr von der Verwaltung aus betrieben werden. Bisher bekam die Verwaltung nur vierteljährlich einen kurz gedrängten Bericht über die Vorkommnisse in den einzelnen Branchen. Das sei für die Dauer unhaltbar. Die ganzen Fäden müssen in der Hand der Verwaltung zusammenlaufen. Das Statut legt Wert darauf, daß alle Branchen in der Verwaltung vertreten sein müssen. Diese Meister haben fortwährend mit ihren Branchen in Fühlung zu bleiben und die Verwaltung von den wichtigsten Vorkommnissen sofort in Kenntnis zu setzen. Um in den einzelnen Stadtteilen die Agitation besser betreiben zu können, sollen von Zeit zu

Zeit Bezirksversammlungen abgehalten werden. Dadurch sei allen Kollegen Gelegenheit gegeben, sich in der Organisation weiter ausbilden zu können. Den kombinierten Werkstubebelegerten-Versammlungen sind nach dem Statut größere Rechte zugestanden, um so die Vertrauensleute mehr zur Tätigkeit heranzuziehen.

Zahn und Kloth können sich mit der ganzen Zusammensetzung des Ortsstatuts nicht einverstanden erklären. Die Beratung könne zwar vorgenommen werden, eine zu wählende Kommission müsse jedoch die einzelnen Paragraphen systematischer zusammenstellen. Kloth hat noch Bedenken gegen die Wahl der Meister in den Branchenversammlungen. Gerechter sei es, diese Wahl nur in den Generalversammlungen vorzunehmen, um so das Recht dieser nicht zu schmälern. Wienide hält einen Vertreter für die Buchbinderbranche für zu wenig. Ihre Größe entsprechend habe sie Anrecht auf mehr Vertreter. In seinem Schlußwort hat Mar nichts dagegen, wenn die Verwaltung um zwei Personen erhöht und den beiden größten Branchen je ein Vertreter mehr zugewilligt wird. Gegen eine andere Setzung der einzelnen Paragraphen habe er ebenfalls nichts einzuwenden.

In der Spezialdiskussion entpinnt sich über § 1, die Verwaltung betreffend, eine längere Debatte. Bis auf eine redaktionelle Aenderung werden alle Abänderungsanträge abgelehnt. Danach setzt sich die Verwaltung zusammen aus 13 Personen, dem 1. Vorsitzenden, 1. und 2. Kassierer, einem Schriftführer und 9 Beisitzern. Die Meister werden in den Branchenversammlungen gewählt und von der Generalversammlung bestätigt. Den 2. Vorsitzenden und 2. Schriftführer wählt die Verwaltung aus ihrer Mitte. Das Bewilligungsrecht der Verwaltung geht bis zu 200 M. In den nachfolgenden Paragraphen 2-8, ebenfalls noch die Verwaltung betreffend, sind besonders wichtige Neuerungen nicht vorgesehen. Bis auf einen Paragraphen werden dieselben unverändert angenommen.

Von den nächsten Paragraphen, die das Versammlungsweesen regeln, wird in § 9 eine Neuerung eingeführt, indem auf Antrag von 1/20 der Mitgliedschaft eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen ist. § 10 setzt fest, daß neben den Mitgliederversammlungen, die nach Bedarf stattfinden sollen, vor Zeit zu Zeit in den verschiedenen Stadtteilen Bezirksversammlungen stattfinden. Die Zahlstelle bindende Beschlüsse können in diesen Bezirksversammlungen nicht gefaßt werden. Nach Erledigung des § 10 wird ein Vertagungsantrag mit dem Verlangen, innerhalb 8 Tagen die Fortsetzung stattfinden zu lassen, angenommen. --

Die Fortsetzung dieser außerordentlichen Generalversammlung fand am 15. Dezember statt, und wird in der Beratung des neuen Ortsstatuts fortgeführt. Eine Neuerung ist die statutarische Festsetzung der Urabstimmung als endgültige Instanz. Nach § 12 kann eine Generalversammlung mit Dreiviertel-Majorität eine Urabstimmung beschließen. Eine weitere Neuerung bringt § 13. Derselbe lautet:

Zur Erledigung der Verbandsangelegenheiten findet vierteljährlich mindestens eine kombinierte Delegiertenversammlung statt.

Dieselbe setzt sich zusammen aus der Ortsverwaltung, sämtlichen Funktionären der Zahlstelle (einschließlich der Hilfskassierer) und den Werkstubebelegierten. Die Delegationen der Werkstube werden wie folgt geregelt: Werkstube von 3 bis 25 Mitglieder einen Delegierten, von 25 bis 50 Mitglieder zwei Delegierten, für jede weitere bzw. angefangene 50 Mitglieder einen weiteren Delegierten mehr.

Die kombinierten Werkstubebelegierten-Versammlungen dürfen Geldbewilligungen bis 500 M. vornehmen.

Bezüglich der Geschäftsordnung in den Versammlungen sind in die §§ 15 und 16 einige Aenderungen eingefügt worden.

Die Brancheneinteilung ist die alte geblieben. Angefügt sind die Vorortbezirke, die zusammen einen Meister in die Verwaltung

wählen. Ueber die Wahl und Aufgaben der Agitationskommissionen bezw. Branchen-Vertrauensleute sind entgegen dem alten Statut einige Änderungen vorgenommen worden. Anstatt an die Gauleitung haben in Zukunft die Vertrauenspersonen nur noch an die Verwaltung Bericht zu erstatten.

Die Werkstubeorganisation, die die §§ 21 bis 25 umfaßt, hat einen ganzen Teil Änderungen erfahren. § 25, der die Entschädigung der Werkstubevertrauensleute enthält, jetzt fest, daß dieselben berechtigt sind, für ihre Tätigkeit folgende Sätze zu liquidieren: pro männliches Mitglied und 13 Beiträge 10 Pf., pro weibliches Mitglied und 13 Beiträge 5 Pf.

Die folgenden Paragraphen, 26—30, die das Verhalten bei Arbeitsstreitigkeiten regeln, wurden nach einer von Kollegen Kloth eingereichten Vorlage, die wesentliche Neuerungen enthält, angenommen.

Mit § 30 war die Beratung des Statuts erledigt. Die Versammlung beschließt noch, daselbe mit dem 1. Januar 1907 in Kraft treten zu lassen.

Bezüglich einer besseren redaktionellen Fassung wird das Statut einer jüngstigen Redaktionskommission überwiesen, zusammengesetzt aus den Kollegen Kloth, Haueisen, Brucks, Klar und Gerber.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, Akzeptierung des Anstellungsvertrages, werden auf Antrag Brückners und Herzogs einige Änderungen an demselben vorgenommen. Die Gesamtabstimmung über den Vertrag wird auf Antrag der Kollegin Sieber bis zur nächsten Generalversammlung ausgesetzt.

In einer Konfliktangelegenheit Klar kontra Verbandsvorstand, worin Klar ein Schiedsgericht zur Beilegung des Konfliktes beantragt, macht Kroitor längere Ausführungen, indem er auf die Entstehung des Konfliktes eingeht. Zu einem Ergebnis gelangte man jedoch nicht, da durch einen Antrag diese Angelegenheit der nächsten Generalversammlung überwiesen wurde.

Unter Verschiedenem wurde ein Antrag der Verwaltung, zum Weihnachtseste den arbeitslosen Mitgliedern eine Extrazustützung von 5 Mk. an weibliche und ledige und 7,50 Mk. an verheiratete Mitglieder zu gewähren, angenommen, vorausgesetzt, daß diese Mitglieder ihren lokalen Verpflichtungen nachgekommen sind.

Ein Antrag Herzog, bis zum Reichstagswahltag keine Versammlungen stattfinden zu lassen, wird angenommen.

Nachdem noch einen Antrage Brückners stattgegeben wird, erfolgt Schluß der leider schwach besuchten Versammlung.

Rundschau.

Die Berliner Holzindustriellen rüsten zum Kampfe. Die Vorstände der vereinigten Holzindustriellen Berlins versandten folgendes Zirkular: „Nachdem die große öffentliche Generalversammlung der Berliner Tischlermeister und Holzindustriellen vom 11. d. M. sämtliche Forderungen des Holzarbeiterverbandes abgelehnt und die Vorstände der vereinigten Verbände mit Vollmacht versehen hat, alle erforderlichen Maßnahmen für einen eventuellen Kampf mit den Arbeitern zu treffen, richten wir an alle Beteiligten nachstehenden Appell: 1. Vergebene Akkorde müssen unter allen Umständen spätestens am Sonnabend, 12. Januar 1907, beendet sein. 2. Alle Arbeiter, welche mit Kündigung angenommen sind, müssen am Sonnabend, 29. d. M., gekündigt werden. 3. Nach den Weihnachtseiertagen darf keine Entlassung von Arbeitern mehr erfolgen. 4. Am Sonnabend, 12. Januar, sind sämtliche Arbeiter zu entlassen. Die Vorstände der vereinigten Verbände der Berliner Holzindustrie.“

Man sieht hieraus, daß die Unternehmer zu einem harten Strauß sich rüsten. Aber auch die Arbeiterorganisation wird ihre Zeit nicht bloß mit Nichtstun totgeschlagen haben.

Die Arbeiterbewegung marschiert. Am Schluß des 3. Quartals zählten der Verband

der Schuhmacher 32 203 Mitglieder gegen 28 546 am Jahresluß 1905, der Verband der Schmiede 18 996 gegen 17 191, der Sattlerverband 6722 gegen 6010, der Verband der Gutmacher 6203 gegen 5517.

Generalfest der italienischen Seeleute. Eine Versammlung aller Vereinigungen der italienischen Seeleute beschloß am 16. Dezember zu Genua, am Dienstag, 18. Dezember, in allen Häfen Italiens und bei allen Firmen, die die Forderungen der Seeleute noch nicht bewilligt haben, in den Anstalt zu treten. Den deutschen Arbeitern sowohl als denen der übrigen schiffahrtstreibenden Länder erwächst angesichts der verschärften Kampfslage die Pflicht, mit verdoppelter Aufmerksamkeit auf die Fernhaltung des Zuguges zu achten.

Einen erfreulichen Wahlsieg haben die freien Gewerkschaften in Straßburg i. E. errungen. Bei der Gewerbeprüfungswahl erhielten ihre Kandidaten 2040 Stimmen, während auf die Christlichen rund 500 entfielen.

Bei einer Aussperrung kämpfen die Arbeiter nicht um die Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Wegen sie kann deswegen der § 153 der Gewerbeordnung nicht angewandt werden. Täggen kämpfen in einem solchen Falle die Unternehmer um für sie günstigere Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Im Falle der Materialsperrung und anders gearteter Verursachungen müßte der § 153 der Gewerbeordnung also sinngemäß auf sie Anwendung finden.

Also entschied das Oberlandesgericht in Hamm in einer Klage wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung. In Rothhausen bei Gelsenkirchen waren die Mitglieder des Maurerverbandes vom Arbeitgeberverband ausgesperrt worden. Drei Mitglieder des Maurerverbandes sollten nun einen arbeitswilligen Maurer unter Drohungen und Körperverletzungen bezw. Verurteilungen zu bestimmen versucht haben, an Verabredungen behufs Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse teilzunehmen. Die drei Maurer waren vom Schöffengericht verurteilt worden. Das Landgericht als Berufungsinstanz bestätigte das Urteil, während das Oberlandesgericht, an welches sich die Verurteilten wandten, in zwei Fällen zu einem Freispruch und nur in einem Falle zu einer Bestrafung kam. In dem Urteil des Oberlandesgerichts wurde angeführt: Zur Erfüllung des Tatbestandes des § 153 der Gewerbeordnung genügt es nicht, daß jemand einen anderen durch die in § 153 bezeichneten Mittel zu bestimmen versucht, an irgend welchen Verabredungen teilzunehmen, die von einer Vereinigung ausgehen, deren Zweck an sich auf die Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen gerichtet ist, sondern es muß sich um solche Verabredungen handeln, die gerade diesem Zweck, der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, dienen sollen. Das angefochtene Urteil läßt aber eine Darlegung des Sachverhalts vermissen, aus der sich ergibt, daß die Angeklagten den Arbeitswilligen zu bestimmen versucht haben, an derartigen Verabredungen teilzunehmen. Nachdem so gewissermaßen die Direktive des Oberlandesgerichts gegeben war, hatte die Strafkammer lediglich zu prüfen, ob durch die Aussperrung der Unternehmer die Arbeiter günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielen wollten. Dieses konnte natürlich nicht festgestellt werden.

Ein Durchbrenner. Mit den Spargroschen seiner Arbeitskollegen durchgebrannt ist der Meister L. aus der Buchbinderei der Berliner Stadtmission am Johannistisch. In dem Betrieb besteht eine Spar- und Vorruhekasse der Angestellten. L. verwaltete die Beiträge der Arbeiter und Arbeiterinnen seiner Abteilung, etwa 700 M. In den letzten Tagen erschien er nicht in der Buchbinderei und die Nachforschungen ergaben, daß L. plötzlich aus seiner Wohnung verduftet ist unter Mitnahme der Kasse.

Was ist das Leben eines Arbeiters wert? Durch das Verschulden eines Steinbruchbesizers hüßte ein Steinbrucharbeiter sein Leben ein. Das Landgericht bewertete das Leben des Ar-

beiters nicht hoch, es beurteilte den Steinbruchbesitzer und Kommerzienrat zu — 150 Mk. Geldstrafe.

Die Parteischule wird der Reichstagswahlen wegen ihre Arbeit für längere Zeit suspendieren, da es Lehrer und Schüler danach verlangt, für den Wahlkampf in ihren Wahlkreisen zu arbeiten. Viele von ihnen sind auch als Funktionäre ihrer Wahlkreise in dieser Zeit dort dringend nötig. Die Parteischule wird deshalb ihre Weihnachtsferien, die am Sonnabend, den 22. Dezember, beginnen, nicht, wie ursprünglich beabsichtigt war, am 3. Januar beenden, sondern wird ihre Tätigkeit erst nach den Stichwahlen wieder aufnehmen.

Die Konsumkraft der breiten Massen leidet unter den hohen Lebensmittelpreisen. Der „Konfektionair“, Zeitschrift der deutschen Textilindustrie, hat unter den hervorragendsten Firmen aller Branchen innerhalb der Textilindustrie eine Erhebung veranstaltet, um über die gegenwärtige Lage der Textilindustrie ein möglichst getreues Bild zu bekommen. Das Resultat der Enquete ist folgendes: Alle Zweige der Textilindustrie sind voll beschäftigt und alle Klagen über Mangel an tüchtigen Arbeitskräften; ferner wird berichtet über Preisserhöhungen des Rohmaterials, der Halb- und Ganzfabrikate und dazu außerdem noch mindere Qualitäten, eine weitere Preisserhöhung wird fast für alle Branchen sicher erwartet. Als besonders gut wird die Konfektionsindustrie (Verkauf fertiger Kleidungsstücke) bezeichnet, dagegen ist die Tuchindustrie von der Hochkonjunktur nur in verhältnismäßig geringem Grade berührt. Die Berichte aus dieser Industrie besagen: „Die Konsumkraft der Konsumenten der breiten Massen leidet unter den hohen Lebensmittelpreisen,“ die Konsumenten aus der breiten Masse können sich trotz der da und dort eingetretenen Lohnerhöhung doch nur billiges Zeug kaufen, während sich mancher Arbeiter vorher einen guten Luchanzug machen lassen konnte. Trotz der Erkenntnis, daß die hohen Lebensmittelpreise die Konsumkraft der Massen schwächen, werden viele am 25. Januar doch wieder einen Brotwucherer in den Reichstag wählen — oder nicht?

Wohnungsseind. Grausame Bilder von Not und Verwahrlosung enthüllt wieder die 5. Wohnungsuntersuchung, die Albert Kohn im Auftrage der Berliner Ortskrankenkasse für Kaufleute usw. bearbeitet hat. Seit 1901 läßt die Klasse durch ihre Kontrolleure die Wohnräume der besuchten Kranken nach Raum und Beschaffenheit aufnehmen und das Ergebnis statistisch und durch Beschreibung auffälliger Wohnungszustände feststellen. So ist bereits ein umfangreiches und durch die Genauigkeit und Belseyigkeit der Ermittlung sehr brauchbares Material zur Beurteilung der Wohnungsverhältnisse des Proletariats zusammen gekommen, das durch die neue Veröffentlichung wieder erheblich erweitert und vertieft wird. Die Erhebungen betreffen diesmal die Wohnräume von 13 221 Kranken (7162 männlichen, 6059 weiblichen) von denen 10 596 in ihrer Familie, 2525 = 19 Proz. in Schlafstelle oder möbliert wohnen. Das ist also schon ein recht umfassendes Untersuchungsgebiet, das sich auf eine teils aus Handlungsgeschäften teils aus Hauswirtschaftsarbeitern bestehende Arbeiterschicht erstreckt, die mindestens nicht unter dem Durchschnitt der Arbeiterschaft steht. Zu dem handelt es sich fast nur um Personen, die bis zur Erkrankung in Arbeit gestanden haben, keinesfalls also um außerlesen ungünstige Verhältnisse.

Von den 13 221 Kranken wohnten 2754 (darunter 281 rheumatisch erkrankte) vier Treppen hoch, 375 im Dachraum, 668 (davon 115 an der Lunge oder sonstigen Atmungsorganen, 81 an Rheumatismus leidende) im Keller. 82 Räume waren ohne Fenster. Nur 2041 Kranke hatten allein einen Wohnraum zur Verfügung. 946 mußten sich fünf, 525 sechs und 399 gar sieben und mehr Mitbewohner gefallen lassen. Demgemäß hatte nur knapp die Hälfte den bescheidenen Mindestluftraum von

20 Kubikmeter pro Person oder mehr, 50 Proz. hatten weniger. Dabei wohnte der größere Teil (51,8 Proz.) in Hinterhäusern mit ohnehin meist unzulänglicher Luftzufuhr. Sogar der völlig ungenügenden Forderung von 10 Kubikmeter, die der preussische Wohnungsgefeßentwurf aufstellt, entsprechen 2086 = 15,8 Proz. der Wohnräume nicht. Das geht herab, bis zu weniger als 15 Kubikmeter für 8 und mehr Personen. Diese Luftverhältnisse verstärken den Eindruck der Tatsache, daß von den Patienten nur 32,1 Proz. in Wohnungen von 2 Stuben und Küche und 9,2 Proz. in größeren lebten, 38,7 Proz. dagegen in Wohnungen von einer Stube und Küche und 20 Proz. sogar in solchen von nur einer Stube oder einer Küche. Dabei weist der Anteil dieser kleinsten Wohnungen eine ständige Zunahme auf. Es bewohnten nur eine Stube oder Küche:

in den Vorderhäusern			
1903	1904	1905	
20,72 Proz.	21,24 Proz.	23,56 Proz.	der Männer
17,28 "	18,49 "	20,26 "	" Frauen

in den Hinterhäusern			
1903	1904	1905	
14,64 Proz.	15,45 Proz.	17,79 Proz.	der Männer
13,62 "	15,46 "	16,67 "	" Frauen

Also eine steigende Verelendung auf dem Gebiete des dringlichsten, für die Gesundheit und Sittlichkeit meist entscheidenden Bedarfs.

Nur 15,4 Proz. der Kranken hatten am Tage, 16,7 Proz. bei Nacht einen Raum für sich. Von 1290 bei ihren Familien wohnenden Lungenkranken teilten nicht weniger als 82 Proz. den Schlafraum mit Angehörigen, davon 410 (31 Proz.) mit drei und mehr bis über sieben! Nicht einmal ein Bett für sich haben manche Kranke. In einem Falle teilt ein an Influenza und Halsentzündung Erkrankter sein Bett mit einem Scharlachkranken; in dem kleinen Zimmer steht noch ein Bett mit zwei Schläfern. Eine andere Patientin schläft bei ihrer Schwester, in weiteren 3 Betten desselben Raumes noch 5 Personen. In einem Korridor mit ungenügendem kleinen Fenster schlafen 4 Personen in 2 Betten, einmal sogar 4 Kinder in einem Bett.

1387 Patienten wohnten in dunklen, 455 davon in noch dazu feuchten Räumen. 1580 mußten auf dem Hofe gelegene Kloset benutzen, mindestens 3300 das Klosett mit mehr als

10 Personen, bis zu 40 und mehr, teilen! 392 hatten keine Heizgelegenheit, 1020 nur die unzulängliche oder gesundheitschädliche des eisernen Ofens oder Kochherds. So begreift es sich, daß unter 1600 Lungenkranken 415 waren, bei denen andere Familienmitglieder am gleichen Leiden erkrankt, und 336, bei denen solche bereits daran gestorben waren.

Es sind erschütternde, leider bei weitem nicht erschöpfende Bilder von Leid und Not, die hier aus trockenen Zahlen hervorschauen und in dem Berichte durch eine große Reihe von Einzelbeschreibungen und einige sehr klare Lichtbilder ihre lebendige Färbung erhalten. Das schlimmste freilich weist keine Statistik auf und kein Blütchenbild. Das ist die Luft, die in diesen Wohnhöhlen herrscht, diese stickige überreichende von Dünsten und tausenderlei schädlichen Bestandteilen erfüllte Luft und der ganze körperliche und Gemütszustand, in dem diese bedrückten, an Licht, Luft, Ruhe noch mehr als an Speise und Trank darbenenden Bewohner sich befinden.

Das Organ des preussischen Hausbesitzervereins spricht von einem "erfreulichen Hochhalten der Preise". Angesichts der hier geschilderten Zustände wird die ganze Frivolität dieses Auspruchs fatter Grundherren erkennbar.

Adressenänderungen.

Gaubevollmächtigte.

Gau 10. Vertrauensmann für Jberloh: W. Siebritts, Spornstr. 24 III.

Derliche Bevollmächtigte.

Limbach i. S.: G. Endmann, Karlsru. 27 pt.

Unterstützungsauszahler.

Köln a. Rh.: R. Köhler, Gr. Neugasse 12—14 I; werktags von 1/27—1/28 abends, Sonntags von 9—10 Uhr.
Ruhla: R. Robus, Obere Lindenstr. 31, von 12—1 und 6—7 Uhr.

Schlussquittung

über die bei der Verbandskasse noch nach dem 31. Oktober für die Ausgesperrten in Berlin, Leipzig und Stuttgart eingegangenen Gelder: Von Hanau 30,25 M., Mainz 10,70 M., Ruhla 4,50 M., Stutt-

gart 1557,68 M. und vom Gau 13, Mannheim, 51,60 M. Zusammen 1654,73 M. Gesamtsumme der nunmehr quittierten Gelder 42 613,61 M.
E. Gaueisen.

Briefkasten.

J. Fr. in D. Angefragte Firma ist mir nicht bekannt. Ihrem Wunsche dürften die P. v. d. a. n. -schen Werke (Leipzig, Seemann) entsprechen. Auch Brades Illustriertes Buchbinderbuch enthält das, was sie wünschen, jedoch in einem Band. (Galle an der Saale, Wilhelm Knapp.) Letzteres kostet meines Wissens 8 M.

G. D. in Fr. Die Adresse des Unterstützungsauszahlers befindet sich doch schon im neuen Verzeichnis.

M. L. in G. J. bringt in nächster Nummer selbst einen Gesamtbericht. Deshalb erübrigt sich der Abdruck Ihrer Einwendung.

Zur Beachtung! Wegen des Neujahrstages tritt bereits am Montag, d. 31. Dezember, Redaktionschluss für die nächste Nummer ein. Weiter ersuchen wir die einzelnen Zahlstellen und Gaue, schon jetzt die Anzahl der benötigten Inhaltsverzeichnisse anzugeben.

Literarisches.

Mitten in den Bruch der Reichstagsauflösung fällt die Weihnachtsnummer des „Süddeutschen Postillon“. Darin wälzt sich noch im heiteren Kampfe die Welt. Et in terra Pax! rufen auf dem Titelblatt die holländischen Architekten und schlagen gegen ihre Widersacher los. — Im farbenprächtigen Mittelbilde holt ein Aushilfsbeamter des Teufels den vielumfrittenen Rod zur Hölle Nr. 7. — Das Schlussbild: „Der Optimist“ ist eine der besten Satiren des darin reichen „S. P.“ Aus dem vielseitigen Textinhalt führen wir an erster Stelle an: Weihnacht, ein mitten im Wetterstürme tiefempfundenes Weihnachtsbild. — E. Kl. widmet August Dreesbach einen poetischen Nachruf, Otto Krille dem verstorbenen Dichter und Mitarbeiter des „S. P.“ Adolf Lepp ein Gedichtgedicht. — Bismarck der Wahlrechtsräuber (Gedicht). — Die Kollische von L. H. — Das Anti-Gewerkschaftsgesetz (Gedicht). — Der Schuster im Gefängnis, frei nach Schiller. — Ins Kolonialkammuch, — Ringelreih, Gedicht von Haberl. Wahres Geschichtchen, von Erich Köhler u. v. a. Mit dieser Nummer schließt der 25. Jahrgang des „Süddeutschen Postillon“, der in allen unferen Buchhandlungen für 10 Pf. zu haben ist.

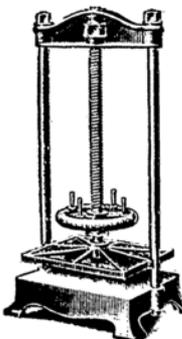
Anzeigen.

Werkmeister — Geschäftsführer

für kleine Kartonnagenfabrik am Rhein. Gesuchter muß praktisch mitarbeiten und zuschneiden können. Bericht über seitherige Tätigkeit, Zeugnisse, Photographie, Gehaltsansprüche unter Nr. 1605 an Rudolf Woffe, Köln.

Buchbinderei,

mit gut erhaltenen Maschinen, ist anderen Unternehmens wegen billig zu verkaufen. Zu erfragen bei Casimir Ras, Rattowitz (D. S.), Holsteistr. 9.



K. Bidingmeyer
G. m. b. H.
Altbach a. N.
liefert
allerbilligst
Schlagrad- u.
Stockpressen
in solider Ausführung in 6 verschiedenen Größen.
Lieferung sofort
Prospekte gratis und franco.

Zahlstelle Hamburg!

Sonnabend, den 5. Januar 1907, abends präzise 9 Uhr im kleineren Saale des Gewerkschaftshauses, Besenbinderhof 57 I.

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Die gegenwärtige politische Lage in Deutschland und die Gewerkschaften. — 2. Innere Vereinsangelegenheiten.

Zahlreichen Besuch erwartet [3.— Der Vorstand.

Berlin

Bekanntmachung.

Die Mitglieder werden dringend ersucht, ihre Mitgliedsbücher zur Kontrolle der gezahlten Beiträge mit den Buchungen derselben dem Bureau zu übermitteln. Die kontrollierten Bücher bezw. Karten tragen den Vermerk „Kontrolliert“ in dem betreffenden Monat. Ferner ist darauf zu achten, daß die Bücher mit der Unterschrift des Inhabers versehen sind. Desgleichen ist die Wohnung auf einen einzulegenden Zettel zu vermerken.

Sämtliche im Jahre 1901 ausgestellten bezw. ungeschriebenen Mitgliedsbücher müssen, wenn im Jahre 1906 alle Beiträge gezahlt sind, dem Bureau, Engel-Hfer 15 II, Zimmer 21, zum Umschreiben übermittelt werden. [3.—

Die Ortsverwaltung.

Früher quälte ich mich

beim Vergalben, jetzt benutze ich nur von F. KLEMENT, Leipzig gefertigte Werkzeuge, da bringt mir meine Arbeit Genuß und guten Lohn! [1,50



Nach wie vor

am schnellsten

erhalten Buchbinder Stellungen in ganz Deutschland durch den Kostenfreien Arbeitsnachweis von

O. Th. Winckler
Leipzig

Seeburgstrasse 47,

weil die Liste derjenigen Meister, die Gehilfen suchen,

täglich

erscheint. Diese Liste wird allen anfragenden Buchbindergehilfen vollständig kostenfrei zugesandt.